

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 24.
September 2022**

Initiator*innen: Frauen*Konferenz (dort beschlossen am: 24.09.2022)

Titel: **Für reproduktive Gerechtigkeit – Für die
diskriminierungssensible Förderung von
Kindern und des Kinderkriegens**

Antragstext

1 Wir setzen uns für reproduktive Gerechtigkeit ein. Dabei geht es nicht nur um
2 Rechte, sondern auch darum, dass Menschen so frei wie möglich und ohne
3 Diskriminierung ihre Sexualität ausleben und auch entscheiden können ob (und
4 wie) sie Kind(er) bekommen.

5 Vor diesem Hintergrund sehen wir die aktuelle staatliche Förderung von Kindern
6 entlang eines 3-Klassen-Systems kritisch: Durch finanzielle Anreize für
7 Hochverdienende und bürokratische Hürden für Mittel- und insbesondere
8 Geringverdienende, wird das Kinderkriegen aktuell entlang klassistischer
9 Diskriminierungsstrukturen gefördert.

10 Für uns ist klar: Im Sinne der reproduktiven Gerechtigkeit sollen Menschen so
11 frei wie möglich und ohne Diskriminierung entscheiden können ob (und wie) sie
12 Kinder bekommen. Dazu gehört auch die Frage, wer es sich leisten kann, Kinder zu
13 bekommen und diese aufzuziehen. Staatliche Unterstützung für Kinder darf hier
14 keine finanziellen oder bürokratischen Diskriminierungen reproduzieren.

15 Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die bundesdeutsche Festlegung zur Einführung
16 einer Kindergrundsicherung, die die Familienförderung vom Kopf auf die Füße
17 stellt und diese so einfach wie möglich auszahlen wird, die bürokratische Hürden

18 abbaut und Kinder entlang ihrer Bedürfnisse unterstützt. Wir fordern den
19 Berliner Senat auf, diese Bemühungen
20 zur Kindergrundsicherung zu unterstützen und eine klare Haltung für die
21 Abschaffung jeglicher Diskriminierung bei der Förderung des Kinderkriegens zu
22 zeigen.

23 Allgemeiner fordern wir, dass reproduktive Rechte immer auch in ihrem
24 ökonomischen und sozialen Kontext, sowie diskriminierungssensibel betrachtet
25 werden. Wir setzen uns dementsprechend dafür ein, dass eine selektive Förderung
26 von Kindern durch finanzielle und bürokratische Hürden auch als eine Frage der
27 reproduktiven Selbstbestimmung verstanden wird.